

**Rede zum Haushalt 2018 für die Fraktion
DIE LINKE im Städteregionstag,
14.12.2017**

Sehr geehrter Herr Städteregionsrat,

geschätzte Damen und Herren,

jeder Haushalt spiegelt auch die Arbeit, die die Fachausschüsse und dieses Gremium in der Vergangenheit für die Zukunft geleistet haben.

Viele Entscheidungen haben wir gemeinschaftlich für die Region getroffen, aber nicht wenige wurden auch nur mehrheitlich beschlossen. Und bei denen, die mit Mehrheit beschlossen wurden, waren unterschiedliche politischen Zielsetzungen oder auseinandergelagerte Schwerpunktsetzungen ausschlaggebend.

Ein Thema, bei dem sich ausschließlich DIE LINKE dagegen ausgesprochen hat, betrifft das sogenannte Personalbewirtschaftungskonzept. Wir sind nicht gegen ein Personalbewirtschaftungskonzept an sich, aber gegen dasjenige, das derzeit praktiziert wird. Denn dieses Konzept verfolgt vorrangig ein Ziel: Die Reduzierung der Personalkosten. Das hat wenig mit Bewirtschaftung zu tun und blendet die gesundheitlichen Auswirkungen für die Beschäftigten aus. Auch die Zukunftssicherheit für die Beschäftigten spielt allenfalls eine untergeordnete Rolle. Ausdruck hierfür sind die zahlreichen Befristungen, die keine Planungssicherheit für das betroffene Personal bieten. Das widerspricht unserer Auffassung von fürsorglichem und verantwortungsvollem Personaleinsatz.



Um einen solchen zu gewährleisten, halten wir es für erforderlich, durch gezielte Untersuchungen die tatsächlichen Bedarfe in den einzelnen Arbeitsbereichen festzustellen. Dort, wo eine solche Untersuchung stattgefunden hat - beim Straßenverkehrsamt - wurde ein signifikanter Personalmehrbedarf festgestellt. In der Folge haben wir richtigerweise gemeinsam eine personelle Aufstockung beschlossen.

Erforderlich waren auch die zahlreichen Entfristungen, insbesondere beim Personal in den Kitas. Solche Entfristungen sind wichtig, damit die jeweiligen Stelleninhaber Planungssicherheit gewinnen und sich gegebenenfalls für die Gründung einer Familie entscheiden können.

Das sind zwei Beispiele, wie fürsorgliche und verantwortungsvolle Personalpolitik aussieht, für deren Fortsetzung wir gerne werben.

Und an dieser Stelle darf ich mich bei allen anderen Fraktionen bedanken, dass sie ihre ursprüngliche Haltung im Fachausschuss auf unsere Intervention hin geändert haben, und mit uns zusammen die auskömmliche Finanzierung der wichtigen Arbeit, die Rückhalt e.V. gegen sexua-

lisierte Gewalt leistet, in diesem Haushalt gesichert haben.

Lassen Sie mich nun auf unseren Änderungsvorschlag bezüglich der Sparkassenausschüttungen eingehen. Hier sind wir der Auffassung, dass der gegebene Spielraum, den die gute Ertragslage der Sparkasse bietet, auch zur Verbesserung des Haushaltes genutzt

werden sollte. Da der erforderliche Rückstellungsbetrag zur Abdeckung der Risiken aus dem „Aus“ der West-LB erreicht ist, erfolgen keine weiteren Zuweisungen in diesen Rückstellungsposten mehr, so dass das von uns vorgesehene moderate Ansatz-plus realisierbar ist.

Was den bezahlbaren Wohnungsbau angeht, so haben wir hierfür in unserer Änderungsliste erneut Mittel eingesetzt. Grund: Wir halten neben dem klassischen Sozialen Wohnungsbau auch solche Initiativen für förderungswürdig, die in Eigenregie Projekte realisieren möchten, die ihnen und anderen auf Dauer kostengünstigen Wohnraum sichern, darüber hinaus generationsübergreifend und ökologisch ausgerichtet sind sowie in den Projektstadtteilen sozialer Entmischung entgegenwirken. Denn eines ist klar: Die aktuellen Zubauzahlen im Sozialen Wohnungsbau reichen noch nicht einmal, um die wegfallenden Sozialwohnungen zu kompensieren. Der Grundstücksrelevante Mietspiegel, dessen Neuaufgabe in der Pipeline ist, wird der sozialen Verantwortung, die der StädteRegion obliegt, nicht gerecht, sondern bedient vorrangig fiskalische Forderungen. Also müssen viele weitere bezahlbare Wohnungen her.

Eine zusätzliche Stelle für den Schulpsychologischen Dienst haben wir in unseren Änderungsvorschlägen ebenfalls berücksichtigt, weil psychologische Beratung von Eltern, Familien, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern bei schulbezogenen Fragestellungen einen immer zeitintensiveren Umfang einnimmt, und zur spürbaren Verkürzung der Wartefristen zusätzliches Personal unbedingt erforderlich ist.

Ein starkes Signal wollen wir mit unserem Ansatz für den Ankauf eines Grundstückes zur Errichtung der künftigen Pflegeschule aussenden. Schon seit Jahren wissen wir um die unzulänglichen Raumverhältnisse in dem zur Altenpflegeausbildung genutzten Gebäude im Mauerfeldchen. Immer wieder wurde Zuver-

sicht hinsichtlich einer Lösung verbreitet. Und immer wieder wurde erklärt, was einer perspektivischen Realisierung entgegenstand, zuletzt die fehlende Verabschiedung des Pflegeausbildungsgesetzes durch den Bundestag. Nachdem nun dieses Hindernis nicht mehr besteht und bezüglich der gemeinsamen Ausbildung bei den Pflegeberufen Klarheit herrscht, ist es an der Zeit, mit der Realisierung neuer Räumlichkeiten für die Pflegeausbildung zu beginnen. Insbesondere der weiterwachsende Personalbedarf in den Pflegeberufen unterstreicht diese Notwendigkeit, die auch die Umsetzungsoption des Strukturkonzeptes in Punkt 13 berücksichtigen sollte.

Herr Städteregionsrat, sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt geht von einer Personalkostensteigerung von einem Prozent aus. Das ist aus unserer Sicht unrealistisch. Der bekundete Versuch, dieses Ziel dennoch zu erreichen, wird den Beschäftigten noch mehr abverlangen als bisher schon, und darüber hinaus zwangsläufig zu Leistungseinschränkungen für die Bürger führen. Neben diesem aus unserer Sicht falschen Ansatz, bleiben andere erforderliche Ansätze unberücksichtigt oder fallen zu gering aus. Trotz der auch vielen positiven Aspekte werden wir aufgrund dieser – für uns gravierenden – Defizite dem Haushalt nicht zustimmen, sondern uns enthalten.

DIE LINKE dankt allen Beschäftigten für ihren beispielhaften Einsatz, wobei ich besonders Herrn Claßen und seinem Team in der Kämmererei für die erneute sowie umfassende Hilfsbereitschaft bei der Erarbeitung unserer Änderungsliste zum Haushalt im Namen der Fraktion danken möchte.

Allen darf ich ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2018 wünschen!

Uwe F. Löhr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

<https://dielinke-staedteregionstag.de/>